

# Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Adressat monatlich 1,75 M.,  
für den Rest des Landes monatlich 1,80 M., \* bei  
Vorkasse monatlich 1,80 M. \* Ergeht wertvollste Nachmit-  
tags. Einzelnummer 8 M., Sonnabend 10 M. Alle Briefe  
freibleibend. Postfachnummer: Amt Leipzig Nr. 16554. Ge-  
schäftsstelle: Halberstraße 4. Für unredigierten Zusendungen  
wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

(Kreisblatt)  
**Unparteiische**

Anzeigenpreis: Der gewöhnliche Millimeterzählraum 8 M. und  
der gewöhnliche Millimeterzählraum 36 M. Die laufende Monatsausgabe wird vom Bezahler auf  
keine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 20 M. im Jablung  
genommen. Bisherige Preise: 10 M. Sonntag. Alle Briefe  
freibleibend. \* In der Nummer vom 10. 11. 1922  
Zahlensumme wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balg.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 275.

Freitag, den 24. November 1922.

162. Jahrgang.

### Vor der Regierungserklärung.

#### Die Haltung der Sozialdemokraten.

Die Reichsregierung hat in ihrer gestrigen Sitzung nach längerer Beratung der vom Reichstagler vorgelegten Regierungserklärung zugestimmt. Unmittelbar nach Eröffnung der heutigen Reichstags-Sitzung wird der Reichstagskanzler die Erklärung abgeben. Es ist beabsichtigt, darauf eine zweifelhafte Pause einzutreten zu lassen, während der die Fraktionen über ihre Stellungnahme zur Regierungserklärung beraten sollen. Nach der Pause wird die politische Aussprache durch den Redner der Sozialdemokratie eröffnet werden. Man hofft, daß die politische Aussprache noch am Sonnabend zuendegeführt werden kann, worauf eine achtstägige Pause in den Beratungen des Reichstages der neuen Regierung Gelegenheit geben soll, sich in ihre Geschäfte einzuarbeiten. Im Erkenntnis ihrer schweren Lage wird die neue Regierung, wie der „Vorwärts“ wissen will, auf ein politisches Vertrauensvotum verzichten. Sie will sich mit einer Billigungsformel begnügen, die das Wort Vertrauen nicht enthält und auch der Sozialdemokratie eine Zustimmung ermöglicht. Diese Formel soll in einer Parteiverberedeung heute vormitigiert werden. In einer mehrfründigen Sitzung gehen nachmittags befristete sich die sozialdemokratische Fraktion mit der Zusammensetzung des neuen Kabinetts die allgemeine Mitbestimmung herbeizuführen. Es ist dem „gleichen Blatte“ zufolge sicher, daß die Fraktion nicht daran denkt, einer politischen Vertrauensformel zuzustimmen. Nach dem „A. T.“ ist in den Kreisen der bürgerlichen Parteien der Mitte beabsichtigt, einen Antrag einzubringen, der die Erklärung der Reichsregierung mit den Inhalt der Note vom 13. 11. billigt.

Der neue Reichsminister des Innern, Defer, der bisher Landesminister der Provinz Sachsen war, ist von der preussischen Regierung auf 4 Monate beurlaubt worden, um die Leitung des Reichsministeriums des Innern übernehmen zu können. Defer hat also Gelegenheit, während der kommenden 4 Monate immer wieder sein bisheriges Amt zu übernehmen.

Die Ernennung des bisherigen Gesandten in Kopenhagen, von Rosenbergs, der vorgelesen am Abend in Berlin erschienen ist, zum Reichsminister des Auswärtigen ist vom Reichspräsidenten noch während der Nacht beschlossen worden. Der neue Außenminister ist Berufsdiplomate. Er hat längere Zeit im Auswärtigen Amt vornehmlich die Balkanangelegenheiten bearbeitet; an den Friedensverhandlungen in Brüssel-Versailles und in Locarno ist er hervorragenden Anteil genommen. Im Juli 1919 hat von Rosenbergs als Nachfolger des damaligen Internatssekretärs „Bergarbeit“ von Stimmern, des jetzigen Vorkämpfers in Madrid, die Leitung der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes übernommen, sie aber schon wenige Wochen später — wie behauptet wurde: wegen eines Konflikts mit Erzberger — wieder abgegeben. Im Januar 1920, bei dem großen Diplomatenschauspiel, wurde von Rosenbergs als Gesandter nach Wien ernannt. Er hat dort ein Jahr lang das Deutsche Reich vertreten. Im Januar 1921 taufte er den Wiener Hof, auf dem er durch Pfeiffer erregt wurde, mit Stopenhagen.

Im neuen Reichsministerium sitzen sechs parlamentarische und sechs nichtparlamentarische Minister. Von den parlamentarischen Reichsministern gehören je zwei dem Zentrum der Demokraten und der Deutschen Volkspartei an. Von den nichtparlamentarischen ohne Bindung des Reichspräsidenten neuen Männer wieder: ausgehört: Dr. Albert und Dr. Müller-Born der Deutschen Volkspartei, Groener der Demokraten und Stang der Bayerischen Volkspartei. Neben dem Sekretär im Reichsministeramt beauftragt der neue Staatssekretär im Reichsministeramt Prof. Dr. Hirsch, den man als den eigentlichen Inspirator der deutschen Wirtschaftspolitik während der letzten Jahre anzusehen hat, tritt mit seinem Minister zurück.

#### Der Billionenetat der Reichsbahn.

Berlin, 23. November. Der Reichshaushaltplan für 1923 wird, wie von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, in diesen Tagen dem Kabinett vorgelegt und dann veröffentlicht werden. Wie die „Telegraphen-Linien“ von dem Reichspräsidenten, der Anfang des Jahres mit 100 Milliarden in den Ministerien des Reiches übertragen hat, in Anspruch auf nahezu eine Billion erhöht. Eine der Hauptaufgaben des Reiches ist die größte Schwierigkeit für die Gewinnung der Reichsbahn darstellt, ist die

schwierige Kohlenbeschaffung. Die Reichsbahn hat einen täglichen Kohlenbedarf von 40 000 bis 45 000 Tonnen. 16 Prozent der Gesamtausgaben des Etats entfallen auf die Kohle. Infolge ungenügender Zuzuführung ausländischer Kohle ist die Reichsbahn gezwungen, zur Sicherung der Aufrechterhaltung ihres Betriebes ausländische Kohle in großem Umfange zu beziehen. An dem Gesamterbrauch englischer Kohle in Deutschland ist die Reichsbahn mit 20 bis 30 Prozent beteiligt. Aus der Tatsache, daß der Preis der Auslandskohle in Deutschland am 20. November etwa das 4-fache des Friedenspreises beträgt, kann man ersehen, in welcher Höhe der Etat der Reichsbahn durch die Ausgaben für ausländische Kohle belastet wird. Für das laufende Rechnungsjahr entsteht der Reichsbahn dadurch ein Mehraufwand von 59 Milliarden Mark gegenüber dem Preis inländischer Kohle. Jeder die Erparnismöglichkeiten, die eine teilweise Elektrifizierung der Reichsbahn bringen würde, wird uns mitgeteilt, daß 3. B. eine Elektrifizierung des bayerischen Eisenbahnnetzes einen Erparnis von 1/2 Millionen Tonnen Steinkohle jährlich zur Folge haben würde.

#### Die Konferenz von Genua.

Ergebnis und Politik.

Paris, 23. November. Wie in Genua, so spielen sich auch in Lusanne hinter den Kulissen erbitterte Kämpfe um wirtschaftliche Vorteile ab. Im Vordergrund des Interesses steht das Verhalten der Regierung von Moskau, welches von Tigris durchlöchernde Mäxlet in der asiatischen Türkei zwischen Aleppo, Bagdad und Persien, das die Türken zurückgewinnen wollen, um dadurch die Möglichkeit zu haben, ausländisches Kapital für die Reorganisation der Anatolien (Kontinental) zu gewinnen. Es wären gegebenenfalls bereit, bei Rückgabe dieses Gebietes auf Westfranzosen und Karagach zu verzichten. Im Betrage von 500 Millionen Mark haben sich die Engländer drei Viertel dieses Gebietes gesichert. Der Rest sollte Frankreich zufallen. Auf der Einwirkung Amerikas hin wurde aber das Abkommen nicht abgeschlossen, daß auch Amerika 25 Prozent zugesprochen wurden. Jetzt tritt Mussolini auf den Plan und fordert ebenfalls einen Anteil an dem Petroleumvorkommen.

von Moskau, der nicht kleiner als der Amerikas sein dürfte.

Da er mit der Berechnung der Engländer, auf einen Teil ihres Raubtes zu verzichten, kaum zu rechnen scheint, hat sich Mussolini bereits mit den Türken direkt in Verbindung gesetzt. Er ist sogar schon einen Sondervertrag mit ihnen geschlossen haben. Wenn das auch nicht übertrieben ist, so steht doch fest, daß er mit 3 in der Tasche wiederholt längere Besprechungen hatte. Die Konferenz spaltet sich im übrigen bereits in zwei Lager. Auf der einen Seite stehen England, Frankreich und ihre Trabanten Griechenland und Süditalien, auf der anderen Seite Italien, die Türkei und Rußland. Die Russen sind offenbar nicht gewillt, sich ohne weiteres an die Hand drücken zu lassen. Der Sowjetvertreter in Rom, Vorwärts, der mit einigen anderen Sowjetdelegationen in Lusanne eingetroffen ist, hat erklärt, daß Sowjetrußland die Forderungen der Türken in jeder Weise unterstützen werde. Rußland müsse eine volle Beteiligung an der Konferenz fordern.

Er werde heute im Generalsekretariat der Konferenz den förmlichen Antrag stellen, daß die russische Abordnung mit den gleichen Rechten wie die übrigen Delegationen an der Konferenz zugelassen werde. Vorwärts hat dann auch recht interessante Erklärungen über die Entwicklung des Kommunismus abgegeben und dabei gesagt, die russische Regierung wäre bereits davon überzeugt, daß sich ursprünglich auf einen falschen Weg begeben haben und ihre Ziele nicht erreichen würde, wenn sie nicht ihre Methoden ändere. Rußland wäre für das kommunistische Regime nicht reif, und nur das Kapital könne ihm die Mittel liefern, um zu leben und neu zu schaffen, was der Krieg zutage. Den Führer der russischen Delegationen wird wahrscheinlich Tschichatschew sein, mit dem auch Timinow und Kommetz treffen sollen. Da auch Mussolini energisch für die Zulassung der Russen eintritt, so ist die Stimmung bei den Türken optimistisch.

#### Die heutige Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 24. Novbr. Die Reparationskommission hat am Freitag wieder zusammengetreten, um die auf ihrer Tagesordnung befindlichen Fragen der deutschen Kohlen- und Holzlieferungen weiter zu behandeln. In dieser Frage sind die deutschen Vertreter gehört worden und es ist wahrscheinlich, daß eine Entscheidung schon in kürzester Zeit erfolgen wird. Die Frage der Stabilisierung der Mark ist vorläufig noch vertagt. Die Verhandlungen darüber sollen erst wieder aufgenommen werden, wenn eine offizielle Erklärung der neuen deutschen Regierung über ihre Stellungnahme zu den letzten Beschlüssen des Ministeriums vorliegt.

#### Das Kabinett Cuno.

Man war noch nicht mit der Kabinettsbildung fertig, als man in Berlin schon fragte, über die mutmaßliche Lebensdauer des neuen Geschlechtes Vorauslagen machte. Es scheint, daß mit jedem Regierungswechsel in Deutschland die Bildung eines neuen Ministerkollegiums auf immer größere Schwierigkeiten stößt, daß aber andererseits diese parteipolitischen Notbauten eine sehr viel längere Lebensdauer besitzen, als man anzunehmen geneigt ist, wie denn ein geprüfener Lampenbrenner jahrelang halten kann. Auch das Kabinett Cuno war ein Provisorium. Man kann also nicht wissen, wie lange das Kabinett Cuno halten wird, denn letzten Endes kommt es nicht auf die Liften an, unter denen die neuen Männer das politische Licht der Welt erblicken, sondern darauf, was sie tun werden. Das Kabinett Cuno hat das deutsche Reich im Innern billiger und wirtschaftlicher Auffassung den Nachfolgern hinterlassen. Es ist bekannt, wie schwer es ist, auch für den gebildeten Mann einen durch Quasifabrik verfallenen Staatsvertragszustand erfolgreich zu bekämpfen. Dies aber ist die Aufgabe des neuen Kabinetts. Und es wird auch weniger darauf ankommen, ob Herr Cuno seine Zeitgenossen bei dieser Arbeit aus dieser oder jener politischen Meinungsschule bezieht, sondern es wird darauf ankommen, ob es ihnen gelingt mit den ihm zur Verfügung gestellten Kräften ein arbeitsfähiges Ganzes zu schaffen. Er wird ganz Deutschland hinter sich haben, wenn er es will. Das aber bedeutet, daß es heute in erster Linie auf dem Mut ankommt, auch den Konfliktfall in die politische Rechnung einzugehen. Vor allem in der Außenpolitik, da unsere Lage ernst ist, als je zuvor. Frankreich kämpft um das Weltland. Man braucht sich die Kommentare in unserer Parteipresse zu verschonen, um zu sehen, daß es viel zu viel Menschen in Deutschland gibt, denen der Punkt im eigenen Parteiprogramm wichtiger ist, als die Sorge um das deutsche Reich. Und man fürchtet aufsteigend in manchen Kreisen unserer berufsmäßigen Politik mehr, daß Herr Cuno etwa ein Vertrauensvotum von Deutschlandspartei Seite erhält, als daß Deutschland außenpolitische Lage durch das Gelingen von Ministerposten noch weiter verschlechtert wird. Dennoch kommt es in erster Linie auf einen klaren außenpolitischen Standpunkt an. Nicht nur deswegen, weil wir uns durch die Form dieser Kabinettsbildung vor dem politischen urteilsfähigen Auslande unerbittlich bloßstellen haben, sondern weil die Weltpolitik nicht deswegen stille steht, weil wir zufällig nicht wissen, was wir wollen. Und so wäre denn einer neuen deutschen Regierung dringende zu wünschen, daß sie mit festen Schritt durch die parteipolitischen Fäden, die sie auf ihrem Wege finden wird, hindurchgeht, denn die Fäden sind stark und der Morast ist nicht so tief, daß man darunter nicht festen Boden fände, auf dem man zu stehen vermag.

Aus allen Meldungen geht einwandfrei hervor, daß die französische Regierung nach wie vor jeden ernstlichen Versuch verhindert, die finanzielle Lage Deutschlands zu verbessern und ihre Reparationsaufgabe zu erfüllen. Sie enthält damit ihre an dieser Stelle oft genug betonte Absicht, auf dem ihm Wege über die Herstellung der wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands die Einbeziehung des Reiches entgegen zu setzen, um sich in einer mehr oder weniger verfallenen Form das Rheinland und den rheinisch-westfälischen Industriegebiet anzueignen und sich dadurch „besahlt zu machen“.

Die faschistische Regierung Mussolini neigt mehr und mehr zu einer aktiven Beteiligung an der französischen imperialistischen Politik auf Kosten des übrigen Europa. Italien wird zunächst vermutlich nicht unmittelbar gegen Deutschland auftreten. Durch Unterzeichnung des französischen Standpunktes in der Reparationskommission und auf kommenden Konferenzen wird jedoch die Stellung Englands ernstlich geschwächt.

Belgien versucht, vorläufig noch, im Einverständnis mit England und Amerika, an einer verarmten und erschöpften Lösung der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten mitzuarbeiten. Es unterliegt jedoch einem ungeheuren Druck von Seiten Frankreichs, dem es sich auf die Dauer nicht widerstehen können.

Die Lage ist also denkbar ernst, und die neue deutsche Regierung sieht sich ungeheurer Schwierigkeiten gegenüber.

Paris, 24. Nov. Nach einer „Havasmeldung“ aus Brüssel teilt der Walliser Sonderberichterstatter der „Welt-Telegraphen“ mit, in französischen Kreisen sei man sich völlig klar darüber, daß die in der Brüsseler Konferenz nicht einbezogenen Bündnisse, wenn nicht gute Zusätze auf größere Ergebnisse beständen. Die sogenannte Brüsseler Finanzkonferenz werde die Frage der deutschen Reparationszahlungen und die Frage einer Regelung der interalliierten Schulden zu erörtern haben und sich auch liberlich mit dem deutschen Ersuchen um Unterstützung beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands beschäftigen müssen. All diese

# Aus Stadt und Umgebung

## Erhöhung des Schulgeldes für die kaufmännische und gewerbliche Berufsschule.

Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, müssen infolge Steigerung der Gehälter die Beiträge für die kaufmännische und gewerbliche Berufsschule sehr erheblich erhöht werden. Die Veranlagung des Schulgeldes wird nach der Beschäftigungsort in zwei Klassen sein. Die Gewerbetreibenden werden diese Erhöhung mit wenig angenehmen Gefühlen aufnehmen.

### Kreisfahrt nach

in Delitzsch ist zum Kreisfahrt in Merseburg ernannt worden. Von 1906 an hat Herr Hof Pfarrer in Gruna bei Eilenburg und wurde dann Kreisfahrt in Delitzsch. Wie wir hören, soll Herr Hof sein Amt am 1. Januar antreten. An seine Stelle in Delitzsch dürfte Pastor Schmidt treten.

### Das Hofkünstlerkonzert des Vereins für Heimatkunde

findet, wie angekündigt, am kommenden Mittwoch im Hofkünstlerhaus statt. Es wird von dem Kapellmeister der früheren Dessauer Hofkapelle (Klobie) 4 Celli-Solisten begleitet sein. Es ist dies eine Zusammenstellung, wie sie hier in Merseburg noch nicht gegeben wurde. Die zum Vortrag kommenden Stücke sind 2 und 3 Celli und Klavier, sowie 4 Celli allein umfassen ein Requiem I. Generalo, Requiem II. Mendelssohn, Requiem, Dreyfuß (Konzert von Kengel) und Konzertwalzer, so daß allen Geschmacksrichtungen nach schwerer und leichter Musik Rechnung getragen ist. Da bei diesem festlichen Genus wieder auf ein volles Haus zu rechnen ist, so ist der Eintrittspreis auf nur 50 Pfennig festgesetzt worden, um weiteren Kreisen den Besuch zu ermöglichen. Der Verein wird, wie er uns mitteilt, dafür sorgen, daß Saal und Bühne gut geheizt werden. Hoffentlich findet der Verein für seine Bemühungen auch diesmal wieder ein dankbares, zahlreiches Publikum. Vorverkauf bei Herrn Bouch.

Zu diesem Punkte wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen, welche dem preussischen Volksbildungsrat überandt werden soll.

„Gegen die anderweitige Bestimmung der Hausbesitzer als Grundbesitzer auf Grund der Reichsmietengesetz durch den Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg auf Anweisung des preussischen Volksbildungsrats protestiert die heute Abend im „Tivoli“ außerordentlich stark belagerte Mitglieder-Besammlungen des Haus- und Grundbesitzer-Vereins Stadt und Kreis Merseburg gegen die Entschlüsse der Stadt und Kreis Merseburg, welche ohne jede statistische Unterlage festgesetzt wurden, läßt jede Rücksicht und Verständnis für die Not des Hausbesitzers vermissen, umso mehr, als doch in Merseburg sich Mieter wie Vermieter nach langen Verhandlungen Absätze einig geworden sind und auch die Unterstützung des hiesigen Magistrats fanden.“

Für die Beschlüsse des Magistrats an den Stadtrat werden die Hausbesitzer der Stadt ihren Dank aussprechen. Weiter sehen sich aber die Merseburger Hausbesitzer gezwungen, die Entschlüsse der Wohnungsbehörde von den Schwierigkeiten nach, für welche man uns in Gestalt von Bewohnungsstellen ein lächerliches Entgelt zubilligt. (Bei einem mittleren Grundstück jährlich 180.00 Mark = 1/4 Pfund Margarine.)

„Was betr. des geplanten neuen Mietrechts, so ist es gewiss, daß ebenfalls eine Resolution gefordert, die einstimmig gebilligt und lebhaft gefordert wurde, daß man endlich an einen allmählichen Abbau der Wohnungsnotstandsfrage herangeht.“

### Entschlüsse

„Die Besammlungen am 1. „Tivoli“ außerordentlich stark belagerte Mitglieder-Besammlungen des Haus- und Grundbesitzer-Vereins Stadt und Kreis Merseburg erhebt schärfsten Protest gegen die Schaffung eines neuen polizeilich gebildeten Mietrechts, d. h. des Mietrechts, welches dem Reich der Sozialisten an das Volkrecht des Privateigentums heranarbeiten will.“

Die Besammlungen unterstützen vielmehr den Antrag des Stadtrates Hunsch-Wanders, welcher von einem Mietrechtsgesetz umgeben für: 1. Zusammenziehung des Mietrechts von einer Stelle, die schlichter, richter und aber die Vollstreckung entscheidet. 2. Unbedingte Hinzunahme von Nebenbestimmungen in allen Instanzen. 3. Beschleunigtes, vereinfachtes auf Erziehung der Wahrheit abgeleitete Verfahren. 4. Schaffung einer unabhängigen Besondereinstanz mit der Besammlungen dieses Schlichter und Richter, die Verfahren und zur Erziehung einheitlicher Entschlüsse. Dieser Antrag ist ja auch bereits vom Volksbildungsrat angenommen. Weiter wird als 5. Punkt gefordert: Die Reichsregierung muß vor allen Dingen endlich an einen allmählichen, berechtigten Abbau der Wohnungsnotstandsfrage unserer gesamten Wohnungswirtschaft eintreten.“

Nach Bekanntgabe der geschäftlichen Mitteilungen des Vorstandes wurde die äußerst reichlich verkaufte Besammlungen gegen 10 Uhr von dem ersten Vorsitzenden geschlossen.

Der Besammlungen wird nicht mehr fassend, sondern ist jeder 1. Quartalsmonat in der Geschäftsstelle gegen Luitung zu bezahlen. Nicht eingelieferte Luitungen werden mit entsprechendem Aufschlag von den Mitgliedern eingezogen.

### Theater im „Casino“

Mitglieder des Halleischen Stadttheaters werden am Donnerstag im Casino ein Gastspiel veranstalten. Zur Aufzählung gelangt Karl Schönbachers Drama „Der Weibsteuher“. Der unter der Leitung des hiesigen Theater-Vereins unter der Regie von Fritz Günzler am Abend vertritt in Bezug auf Stoff und Darstellung ein hochinteressantes zu werden. Die Rollen liegen bei Germaine Regier, Fritz Günzler und Albert Walter, alles Namen, welche bei uns in guter Erinnerung sind. Näheres siehe Inserat!

### „Die Weichte einer Ausgewählten“

Dieses Theaterstück, das im Leipziger Stadttheater eine große Erfolge erzielt hat, kommt durch die Dresdener Theater-Gesellschaft (Leitung: H. Richard.) am Sonntag im „Tivoli“ zur Aufführung.

### Ein Kaffeegeld etwa 80 Pfennige

Der Verbrauchspreis für gerösteten Kaffee wurde vom Verein der Kaffeehändler und Kaffeehäuser, 63 Hamburg, offiziell mit 2600 bis 3150 M. für ein halbes Kilogramm, je nach Qualität, notiert. So kurz ist es bei uns im Kilogramm 314 M. Demnach kostet eine Bohne (ein Pfund enthält rund 4500 Bohnen) bei genauer Nachzählung 70 bis 80 Pfennige.

### Wohlfahrtsarbeiten für die Notgemeinschaft

Die Wohlfahrtsverwaltung wird in des ersten Halbes des Dezember die Wohlfahrtsarbeiten zu dem Zweck der Alters- und der Deutschen Notgemeinschaft herauszugeben, die nur bis zum 15. Januar verkauft werden sollen. Der Frankfurterwert der beiden Marken wird 12 M. (einfacher Preis) und 6 Mark (Zwei-Pfennig) betragen. Die Marke zu 12 M. soll für 20 M., die zu 6 M. für 10 M. verkauft, der Lebensbedarf von 8 bis 4 M. soll für den genannten Wohlfahrtszweck verwendet werden.

### Geldliche Freigabe von Kartoffeln für Brennereizwecke

Der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat dem Verwertungsausschuss Deutscher Ernteprodukte mitgeteilt, daß er vom 15. Dezember ab das Recht zur Erteilung der Genehmigung zur Aushändigung des Brennereizweckes gemäß § 2 der Verordnung vom 24. September 1921 (Reichsgesetzbl. S. 1274) für Preußen den Regierungspräsidenten, für Bayern der Landeslebensmittelstelle übertragen habe. Derartige Anträge sind zunächst beantragt Sachverständigen beizufügen, die bestätigen, daß es sich nachweisbar um schlechte für die menschliche Ernährung nicht mehr geeignete Kartoffeln handelt.

Eine Erweiterung des Brennereizweckes findet nicht statt, sondern nur eine Erhöhung der für Brennereizwecke freigegebenen Kartoffelmengen, soweit es sich hinsichtlich eines einzelnen oder sonst für Brennereizwecke unbrauchbaren Kartoffeln handelt.

### Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Monat Oktober 1922.

Im Bereiche des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus betrug nach vorläufiger Erhebung die Kohlenförderung im Monat Oktober 8 174 435 t, die Vertriebsleistung 8 229 191 t, die Kohlenförderung 37 138 t (Bormonat: Kohlenförderung 8 208 509 t, Vertriebsleistung 1 866 463 t, Kohlenförderung 35 673 t). Mithin hat die Kohlenförderung einen Rückgang von 0,42%, die Vertriebsleistung einen Rückgang von 2,37% und die Kohlenförderung eine Steigerung von 4,23% erfahren. Die Kohlenförderung im Vergleich mit dem entsprechenden Monat des Vormonats 1922: Kohlenförderung 1 866 463 t, Vertriebsleistung 1 866 463 t, Kohlenförderung 35 673 t, Vertriebsleistung 1 866 463 t.

Fragen seien nicht leicht zu lösen. Man könne annehmen, daß Boinears sich während seines Aufenthalts in Genua nicht ausschließlich mit der Orientfrage befaßt, sondern sich mit Nord Curzon, Mussolini, ja sogar mit den amerikanischen Beobachtern über die Finanzfrage unterhalten werde. Was eine diplomatische Verständigung reiche nicht aus. Damit diese Verständigung ihren vollen Erfolg zeitigen könne, müsse vielmehr auch die Mitarbeit von Finanzleuten in dem durchzuführenden Programm, mindestens in den Hauptlinien gesichert sein.

### Morgan und Boinears

Paris, 23. Novbr. Hierport Morgan hat eine Einladung Boinears zu einer Besprechung mit ihm und dem belgischen Minister abgelehnt, indem er erklärte, seine Absicht nach den Vereinigten Staaten nicht länger hinausgeschoben zu können. Morgan erklärte ferner, daß er jetzt zurückzuführen, um an internationalen Finanzverhandlungen teilzunehmen.

### Frankreichs Kriegserstellungen

Paris, 23. Novbr. Der Marineminister Albert hat im Marineministerium der Kammer erklärt, Frankreich werde gegenwärtig 600 000 Tonnen Kriegsschiffe und habe während des Krieges 110 000 Tonnen verloren, Frankreich wäre mehr als irgend ein anderes Land versorgt, seine Marine sei nicht zu beschränken, und habe bereits seine Nachbarn darin überholt (1), doch wäre es gezwungen, an seine Sicherheit zu denken. Andererseits habe die Marineführung sich für große Fortschritte gemacht. Um die Sicherheit zu gewährleisten, müsse Frankreich alles entschlossen aufschalten, was es alt wäre, um die französische Marine auf neue Grundlagen zu stellen, wobei man Nutzen aus den Lehren des Krieges ziehen sollte.

## Die Eröffnung des britischen Parlaments.

London, 24. Novbr. Am Donnerstag eröffnete der König in Begleitung der Königin das Parlament. Unter Hochrufen der Menge fuhr sie nach Westminster. Hier empfingen sie die Staatswürden. Nach Anlegung der königlichen Gewänder in den Ankleidegemächern betrat der König das Oberhaus.

Die Rede des Königs bei der feierlichen Eröffnung des Parlaments am Donnerstag beschäftigte sich zunächst mit der Notwendigkeit, bis zum 6. Dezember ein Gesetz zu schaffen, durch das die Verfassung des Reiches in Kraft tritt. Er erklärte, daß dies durch den anglo-irischen Vertrag erleichtert ist. Darauf heißt es: „Die Lage des Reiches und der Welt ist jetzt eine große Befürchtung zu erregen. Die Hilfsmaßnahmen, die von meiner vorigen Regierung vorbereitet wurden, werden von Neuem geprüft und Sie werden aufgefordert werden, Schritte für ihre Fortsetzung und Ausdehnung zu unternehmen.“ In der Rede wird hingewiesen, daß das Parlament aufgerufen werden wird, Anleihen zu emittieren, um Einkünfte mit dem Plane des Walfriedens für die Wiederherstellung Ostereiches. Die Konferenz in Genua sei in den nächsten Worten Erwähnung; Verhandlungen für die Beilegung der Schwierigkeiten im Nahen Osten sind im Gange und es ist meine Hoffnung, daß auf der Konferenz in Genua die Befehle meiner Minister in vollständiger Übereinstimmung mit den Vertretern unserer Alliierten erfolgen, die die Wiederherstellung des Friedens und die Sicherheit der Zivilbevölkerung dieser Gebiete erreichen wollen, die füglich der Schamhaft vor vieler Seiten waren.

## 150prozentige Gütertariferhöhung am 1. Dezember.

Berlin, 23. Nov. Wie aus dem Reichsverkehrsministerium mitgeteilt wird, haben die Erhebungen der letzten Tage über die voraussichtlichen Ausgaben der Reichsbahn im November und Dezember zu dem Abschluß geführt, für die Gütertarife zum 1. Dezember eine Erhöhung von 150 Prozent eintreten zu lassen. Bei der Erhöhung der Personaltarife am 1. Dezember bleibt es bei der bereits früher angekündigten Steigerung der Fahrpreise um 100 Prozent.

Das Reichsverkehrsministerium begründet die Erhöhung der Gütertarife um 150 Prozent, die am 1. Dezbr. eintreten soll, damit, es sei notwendig, durch eine starke Tarifsteigerung das Zurückbleiben der Eisenbahntarife während des Monats November auszugleichen. Bei der außerordentlichen wirtschaftlichen Lage müßte die Reichsbahn im Interesse des Volksganzen jeder Preissteigerung in ihren Gütertarifen folgen, um bei einer Stabilisierung der Mark oder beim Sinken der Konjunktur, auf der fortgesetzt ihr Unternehmen ruht, auch die vollständige Behebung der Preisfälle mitanzugehen zu können. Die Steigerung der Tarife möge für manche Teile der Wirtschaft Erleichterungen bringen; die Politik auf weite Sicht, die die Reichsbahn dabei treibe, sei aber für die Erhaltung eines leistungsfähigen Verkehrsapparates im Interesse der deutschen Wirtschaft sicherlich richtig.

## Eröffnung des Reichsbetriebsrätekongresses.

Berlin, 23. Nov. Der Reichsbetriebsrätekongress, der am Donnerstag hier eröffnet wurde, wählte den Vorsitzenden des sog. fünfjährigen Ausschusses G. Roth-Berlin, fernar Hebebrand und Albrecht-Gerhart zu Vorsitzenden. In der geführten 1800 Vertreter aus dem Reich sind zu dem Kongress erschienen.

Dem Reichsbetriebsrätekongress wurden vom Reichsausschub der Betriebsräte Richtlinien zur Eröffnung der Arbeitstagung vorgelegt. Hierin wird die Beschlagnahme von Betriebsmittelverordnungen, ihre Vertretung durch Gewerkschaften unter Kontrolle der Arbeiter, Beschlagnahme von Arbeitswohnungen und ihre Zusammenführung an Wohnanlagen, verlangt. Kontrolle der Feldbestellung, Beschlagnahme des nichtbebauenden anbaufähigen Landes und dessen gemeinschaftliche Verwaltung durch Landarbeit wird gefordert. Für alle Arbeitsfähigen von 18 bis 55 Jahren soll Arbeitspflicht unter Kontrolle der Arbeiter, Beschlagnahme von Arbeitswohnungen und ihre Zusammenführung an Wohnanlagen, verlangt. Kontrolle der Feldbestellung, Beschlagnahme des nichtbebauenden anbaufähigen Landes und dessen gemeinschaftliche Verwaltung durch Landarbeit wird gefordert. Für alle Arbeitsfähigen von 18 bis 55 Jahren soll Arbeitspflicht unter Kontrolle der Arbeiter, Beschlagnahme von Arbeitswohnungen und ihre Zusammenführung an Wohnanlagen, verlangt. Kontrolle der Feldbestellung, Beschlagnahme des nichtbebauenden anbaufähigen Landes und dessen gemeinschaftliche Verwaltung durch Landarbeit wird gefordert. Für alle Arbeitsfähigen von 18 bis 55 Jahren soll Arbeitspflicht unter Kontrolle der Arbeiter, Beschlagnahme von Arbeitswohnungen und ihre Zusammenführung an Wohnanlagen, verlangt.

### Keine Kündigung des Lebensversicherungsvertrages

Berlin, 23. Novbr. Wie der „Telegraphen-Union“ von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist das Lebensversicherungsverkommen im Vergab nicht gekündigt worden.

## Unsere Postbezieher

erinnern wir hiermit an die Nachzahlung der nachträglich erbetenen Mk. 220.— mittels der am Freitag voriger Woche beigelegten blauen Zahlkarte auf unser Postcheckkonto Leipzig 16654 für das laufende Vierteljahr, da die ungeheure Steigerung der Papier- und Druckkosten ohne diese Nachzahlung die Fortlieferung des Merseburger Tageblattes auf Grund des Ende September freibleibend erhöhten Vierteljahrsbetrages unmöglich macht.

## Verlag des Merseburger Tageblatt (Kreisblatt)

### Erkennbarkeit der Mittelschule.

Für die Eltern haben die hiesige Mittelschule besuchenden Kinder fand gestern Abend ein Erkennbarkeit statt, zu dem sich eine größere Anzahl Eltern eingefunden hatte. Leider hatte man diesmal aus Raumangel nur die Eltern von Schülern der Oberstufe einladen können, doch änderte nichts an der Wichtigkeit der Mittelschule und dankte ihnen dafür, daß durch ihr Entgegenkommen die Anschaffung eines Lichtbildapparates und damit die Ausgestaltung des Abends möglich geworden sei. Die Darbietungen bestanden aus Vorträgen über die Mittelschule des Herrn Berger und Schülern, die Mittelschule der Eltern ausgearbeitet hatte und erläuterte. Er führte die Kinder zunächst in seine Heimat Schleswig und zeigte ihnen Vorschau und Volkstum des friesischen Stammes. Der 2. Teil nahm seinen Stoff aus der Geschichte und führte in des mittelalterlichen Lebens in unserm Reiches ein und in der Geschichte, in den Künsten und in der Volkstrachten ein und schloß mit der fribertigsten Zeit. Der 3. Teil, mehr ethnischen Inhalts, zeigte Kunstwerke Klinger, Michelangelo, Dürers als Verkörper der Regungen des menschlichen Geistes und als Zeichen der Kraftvollsten Schaffen.

Herr Rektor Schmidt in der Schule und Herr Direktor Schönbach des Elternrates dankten dem Herrn Berger für seinen und seiner Mitarbeiter, der den Apparat bedient hatte, für den freundlichen Abend.

### Mitglieder-Versammlung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins Stadt und Kreis Merseburg.

Die gestern Abend im „Tivoli“ abgehaltene Mitglieder-Besammlungen des Haus- und Grundbesitzer-Vereins hatte einen so zahlreichen Besuch aufzuweisen, daß kein Stuhl mehr zu bekommen war. Ein Zeichen der fortwährenden wirtschaftlichen Notlage des Hausbesitzers. Kurz nach 8 Uhr eröffnete der erste Vorsitzende, Herr Badermeister Freireger die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt. Nach Verlesen der letzten Niederschrift, erhielt Herr Vizepräsident a. Z. Ernst Müller-Salle das Wort zu seinen Berichten. Der Hausbesitzer und die neuen Vermögenssteuer. In äußerst leicht verständlicher Weise führte er aus, daß wir in unserem Vaterlande bis jetzt 48 Steuererlasse (1) hätten. Besonders gefährlich für den Hausbesitzer sei das Gesetz über die Pfandangeleihe. Für die Bewertung der Pfandgegenstände gilt ein unverständlicher Berechnungsweg, das nämlich der Wertbeitrages vom Jahre 1914 oder nach dem Ertragswert, d. h. nach den ersten Nettoeinnahmen in den letzten drei Jahren unter Abzug von 1/3 für Abentleistungen, das 25fache. Der Mieter hält die letztere Berechnung für den Hausbesitzer ungünstig. Als Räuber ist es dann die Ausbeute, denn am 1. Januar 1923 die Steuererklärungen des Pfandamtes ausgefüllt werden müssen. Nachdem noch der Mieter über die Bewertung von Wägen, landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben ausführlich berichtet hatte, erwiderte er noch besonders, daß der Vermögen der Kinder nicht zu dem Vermögen der Eltern hinzugezogen werden dürfe, vielmehr müsse das Vermögen der Kinder besonders veranlagt werden. Schließlich gab Herr Müller die Gegenstände noch bekannt, die nicht zum Heuerbaren Einkommen gehören. Bei denjenigen Steuerfällen, bei denen die Veranlagung zur Pfandangeleihe eine schwere wirtschaftliche Schädigung hervorgerufen würde, kann der Finanzminister eine Entbindung bzw. eine völlige Entbindung von der Pfandangeleihe genehmigen. Dem Mieter wurden für seine Einkünfte nach leicht verständlichen Ausführungen reger Beifall zu teil, und Herr Freireger kam zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Festsetzung der Mietzulage für Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt  
urn:nbn:de:gbv:3:1-17113370-34683220919221124-18/fragment/page=0002





# Der Silberstein des Freigrafen Gerhard Henneke

von H. Klein-Hoffell.

(20) Nachdruck verboten.  
 „Ich will nicht? Haben Sie mich denn schon auf die Probe gestellt?“  
 „Ja, ich habe Sie gebeten, Ihren abfälligen Barts abzulassen.“  
 Doktor Nicolai sah fast bestürzt vor sich nieder.  
 „War denn das Ihr Ernst, Fräulein Beontine?“ fragte er zaghaft.  
 „Aber gewiß, Herr Doktor.“  
 „Ist denn mein Bart wirklich so abfällig?“  
 „O nein; wenn mein Vater ihn hätte, würde ich ihn vielleicht schon finden. Aber Sie sind nicht alt genug dafür.“  
 Sie lachte plötzlich ein wenig geizig auf.  
 „Ich kann mir nicht helfen, Herr Doktor: so sehen Sie wie eine Fälschung aus. Wie ein neues Stück, dem man die Patina des Alters künstlich aufträgt. Würden Sie denn so etwas für Ihr Museum erwerben?“  
 „Nein“, erwiderte er nachdenklich.  
 Sie waren durch die Dreiecksfrage gekommen und fanden nun vor dem hübschen zweistöckigen Hause, dessen obere Hälfte der Kommissar bewohnte. Als man sich zum Abschiednehmen ansah, hatte der Doktor dem nachdenklichen Wein noch nichts hinzuzufügen gemocht. Auf den seinen Bügen Beontines lag die Aste einer leichten Verlegenheit.  
 In diesem Augenblicke kam Hartung aus dem Hause.  
 „Ich bitte um Verzeihung für den späten Ueberfall!“  
 „Warum er.“ „Ich kam aber gerade hier vorbei und wollte nachsehen, ob der Herr Kommissar angetroffen sei, da Sie mich ja um eine schnelle Unterredung gebeten haben.“  
 „Ich danke Ihnen für Ihre Güte, Herr von Hartung, doch war es nicht meine Absicht, Sie einem andern Vorhoben unterzuwerfen. Wenn Sie aber schon nichts Besseres vorhaben, schlage ich vor, daß Sie unser begehrenes Abendbrot mit uns teilen, und wir können uns dann bei einer Bizarre über Ihren Fund unterhalten.“  
 Herr von Hartung verbeugte sich.  
 „Und Sie, Herr Doktor, werden hoffentlich der vierte von Tunde sein?“

Dieser ließ sich aber auch durch einen bitteren Blick Beontines nicht zum Weichen bewegen.  
 „Nein, nein. Ich bin heute nicht aufgelegt zur Geselligkeit. Ich würde Ihnen nur die Stimmung verderben.“  
 Er verabschiedete sich in großer Hast.  
 Bei Tisch erzählte Herr von Hartung, daß er der Stadtverordnetenversammlung im Zufallstempel beigegeben habe. Er gab eine höchst anschauliche Schilderung der Verhandlungen, wobei Doktor Nicolai nicht sonderlich gut fortam. Unwillig pressten sich die Lippen Beontines aufeinander und als Hartung sie nach Beendigung des Essens um ein Schumannsches Gedicht bat, das sie nach seiner Behauptung wie keine andere zu spielen verstand, schenkte sie fast schroff ab, und sie machte erst eine kleine Pause, ehe sie die Ablehnung mit Haushaltungsforgen begründete.  
 Heinrich Grebe sah mit einer Art ärgerlicher Bewunderung auf seine Tochter, und Herr von Hartung setzte für eine Minute seine hochmütige Miene auf. Man gab sich dann zwar redlich Mühe, über den peinlichen Zwischenfall hinwegzukommen, aber die Stimmung der kleinen Gesellschaft blieb doch gehört.  
 Die beiden Herren zogen sich nun bald in das Arbeitszimmer des Kommissars zurück. Dort lag das von dem Vizefiskus gebrauchte Stück Poularde auf dem Schreibtisch. Grebe nahm es in die Hand.  
 „Zunächst möchte ich Sie nun bitten, mir den Fundort möglichst genau anzugeben“, bat er seinen Gast.  
 Herr von Hartung räusperte sich.  
 „Sie wissen bekannt ist, befindet sich meine Wohnung in dem Landhause unseres Direktors, das etwa zehn Minuten von den Schachanlagen entfernt liegt. Die nächste Verbindung zwischen beiden ist nun zwar die Nitroper Chaussee, aber ich benutze diesen Weg nicht oft, weil er mir bei trockenem Wetter zu staubig ist. Im allgemeinen ziehe ich den Landweg vor, der kurz vor meiner Wohnung auf die Chaussee führt und im Birnbaumhain Wäldchen in die Barbarastrasse mündet.“  
 „In dem Birnbaumhain Wäldchen fanden Sie nun spät abends dieses Stück Seide?“  
 „Ja: es mochte etwa zehn Uhr sein. Es war schmaler Mondschein, so daß ich den Stoff schon von weitem leuchten sah. Er hing auf einer der Hecken, die dort am Wege stehen, und durch diese drei oder vier Bäume da waren die Zweige gedungen. Da ich gleich an den Diebstahl dachte, habe ich

mit Mühe gegeben, die Seide so abzuhängen, daß sie nicht weiter beschädigt wurde.“  
 Der Kommissar nickte. „Können Sie sich vielleicht erinnern, ob das abgerissene Ende des Stückes nach oben oder nach unten hing?“  
 „Nach oben. Die Situation machte durchaus den Eindruck, daß das Seidenstück sich in den Zweigen verfangen hatte und abgerissen war, ohne daß der Träger es bemerkt hätte, und zwar mußte der Träger von der Nitroper Chaussee her gekommen sein.“  
 „Könnte kurz vor Ihnen jemand von der Mittagsfeier der Besuche denfalls Benommen haben?“  
 „Die Ausfahrt beginnt erst um halb elf. Es möchte sich schon um jemand handeln, der aus einer besonderen Veranlassung aus der Gruppe geholt worden wäre. Gesehen habe ich niemand.“  
 Nach einem kurzen Schweigen nahm der Kommissar wieder das Wort: „Nun, eins steht jedenfalls fest, nämlich, daß das Stück Seide tatsächlich aus dem Diebstahl herrührt. Derjenige der es dort verloren hat, muß in irgendeiner Beziehung zu ihm stehen. Haben Sie mit Ihrer Vermutung recht, so muß die Seide ganz offen und unbedeckt getragen worden sein, denn andernfalls hätte dieses Stück ja nicht abgerissen können. Nun könnte man annehmen, daß die berühmten Bündel dieser Art entfangen worden wären. Aber möglich? Die Veranlassung ist nach ganz unbebaut: sie hängt mit dem Ende bei der Besuche an der Nitroper Chaussee von woher nach Ihrer Beobachtung des Seidenstückes gekommen sein müßte, mit dem andern an dem Seidenstück der feineren Zeit in die Stadt mündet. Das hieße aber, daß die Diebesbeute an einem Ende die Stadt verlassen hätte, um am andern wieder hineinzukommen, und daß sie dazu den längsten und gefährlichsten Weg gewählt hätte, denn es überhaupt geben konnte. Die Beute müßte aber groß Seiden unbebaut, aber Tag und Nacht hart begangene Gelände gebracht werden, während es innerhalb der Stadt nach jedem beliebigen Punkte hinüber oder unaufrichtigem Wege geht. Endlich bliebe noch die Frage zu erörtern, mit dem das gestohlene Gut während dieser vierzehn Tage gesteckt hat? Das Stück Seide kann doch allerhöchstens einige Stunden an dem Strauch gehangen haben, denn zu übersehen war es ja nach Ihrer Darstellung gar nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Geburt eines munteren Mädels z eigen hochehrent an Kultur-Oberschr. Höfer und Frau Margarethe geb. Schneider.

**Fischer** Optikermeister  
 Merseburg Markt 24  
 Fachmann f. wissenschaftlich richtige Augenbrillen  
 Erstes optisches Spezial-Geschäft am Platze.

**Nachruf.**  
 Am 21. November 1922 verchied unser Vorstandsmitglied Herr **Eduard Finkgräbe in Atzendorf**  
 Herr Finkgräbe hat als Mitglied unserer Genossenschaft, der er fünfundzwanzig Jahre angehört, großes Interesse an ihrer Entwicklung gezeigt und in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied praktisch für das Wohl der Genossenschaft mitgearbeitet. Wir werden ihm aus diesem Grunde immer ein ehrendes Andenken bewahren.  
 Landwirtschaftl. Konsumverein, Merseburg  
 o. G. m. b. H.  
 Teichmann, Weniger sen.

**Familien-Nachrichten.**  
 Verlobt: Marianna Kaulmann mit Rudolf Bach, Weihenfels; Elie Busch mit Fritz Stark, Weihenfels.  
 Vermählt: Richard Bloßfeld mit Frau Hulde Mener, Weihenfels.  
 Gestorben: Arthur Kaufeld, Schkeuditz; Del. Hesse 36 J. Weihenfels; Maria Wieg, Weihenfels; Alfred Weidling, Weihenfels; J. Lange, Kostplatz.  
**Grundstück**  
 bei sofortiger Auszahlung zu kaufen gesucht. Karten ausl. ermbilligt. Offerten erbet. unter 327-1 an die Exped. d. Blattes.

Meiner werten Kundschaft, sowie dem geehrten Publikum von Merseburg und Umgegend zur Kenntnis, dass ich mein Geschäft von Seitenbeutel 2 nach  
**Tiefer Keller 5**  
 verlegt habe. Ich bitte daher meine werte Kundschaft sowie das geehrte Publikum von Merseburg und Umgegend, meine neuen Unternehmen auch hier weiterhin unterstützen zu wollen.  
 Empfehle  
**Wasser** von M. 7600,- an  
**Anzüge** von M. 8800,- an  
**Toppen** von M. 4900,- an  
**1a starke Militär-Hosen**  
**Otto Schmidt, Tiefer Keller 5.**

**Gebräuchter Kupferkessel**  
 wenn auch defekt, zu kaufen gesucht. Offerten unt. T. H. 104 an die Expedition dieses Blattes.

**Perfekte Stenotypin**  
 für kaufmännisches Büro möglichst zum 1. oder 15. 12. gekauft. Angebots u. „N. B. 100“ an die Exped. d. Bl.

**Kreis-Vertreter**  
 Wir suchen gewandte Herren, die als Nebenberuf den Aussenverkauf unterer pat. u. gel. geist. Neubeiten in Haushaltungsartikeln (Speiell der **Wirtschaftswage „Wiw“** übernehmen. Verkauf direkt an Private. Hohe Provision. Erfordert. ca. Mk. 20.000.- Kautions.  
**Thiede & Linne, Kom.-Ges.**  
 Bremen, a. d. Bohnenkamp 60/62.

**Zeitungsträger**  
 gesucht.  
 Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

**Casino Merseburg.**  
 Sonntag, d. 26. Nov. (Totenfest) 1/8 Uhr  
**Schauspiel-Abend**  
 Schauspiel von Mitgliedern des Städtischen Stadttheaters unter Leitung des ehemaligen k. Hofkapellmeisters **Fritz Grottel**  
**Der Weibsteufler**  
 Drama in 5 Akten von Karl Schönböck. In den Hauptrollen: Germaine Hegler, Fritz Wängel, Albert Walter.  
 Preise der Plätze: 1. Platz nummeriert 80 Mk., 2. Platz 60 Mk inkl. Steuer.  
 Vorkauf: Tiefer Keller 4 part.

**Kleinkunst-Brühne**  
 Neues Schloß Merseburg, 1. u. 2. Stock, 1. u. 2. Hof.  
 Sonntag, abds. 7.30 Uhr: **Ein Maskenball.**  
 Sonntag, nachm. 3.30 Uhr: (Geschlossene Vorstellung.) **Der fliegende Holländer.**  
 Sonntag, abds. 7.30 Uhr: **Der fliegende Holländer.**  
 Montag, abds. 7.30 Uhr: **Die versunkene Glocke.**  
 Gebräuchte, guterhalt. **Schreibmaschine** zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis, Nr., System, und Schriftprobe, unter „B. D.“ an die Geschäftsstelle d. Bl.  
**Guterh. Klavier**  
 aus Privatband zu kaufen gesucht. Offerten unter 319/21 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Tanz-Unterricht.**  
 Für die Schüler des landwirtschaftl. Schullehrer **Mittwoch, den 29. November im Hotel Mühlteich.** Damen 4 Uhr, Herren 5 1/2 Uhr nachm. Anmeh. erbittet Schmalestraße 19 b. Einzelunterricht jeder Zeit.  
 G. Götling.

**Ich suche möbliertes Zimmer**  
 für sofort  
 Off. unt. M. T. an die Geschäftsst. dies. Bl.

Bester Herr sucht per sofort **möbl. Zimmer** Preis Nebemehne. Off. abzugeben unt. „B. 28.“ im Hotel „Goldene Sonne“.  
**Möbl. Zimmer** gesucht. Angeb. unter „G. 47.“ an die Exped. dieses Blattes.  
 Junger Herr sucht **möbl. Zimmer**. Offert unt. F. 11 389 an die Exped. d. Blattes.  
 Herr sucht **möbliertes Zimmer**. Best. Angeb. unter 306/21 an die Exped. des Tagebl.



# Beilage zu Nr. 275 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 24. November 1922

## Lagesordnung

zur Sitzung der Stadtverordneten-Verammlung  
am Montag, dem 27. November ds. Js., abends 6 Uhr  
im alten Rathaus.

1. Wahl eines stellvertretenden Schriftführers der Stadtverordnetenversammlung und verschiedener Deputationsmitglieder.
2. Entlastung der Rechnung der städtischen Handelskammer für 1919.
3. Entlastung der Rechnung der Ruhegehaltskasse für 1916.
4. Erhöhung des Fremdenzuschuldes.
5. Erhöhung des Krankenhaustarifes.
6. Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühren.
7. Aufhebung der Ordnung über die Benutzung der städtischen Straßenflächen usw.
8. Beschaffung der Saugsaugbetriebe.
9. Passivstilllegung bei Teil III Ziffer 1 und 3 des Haushalts des Abrechnungsjahres 1921/22.
10. Aufnahme eines Darlehens von 2.000.000 Mark zur Förderung des Wohnungsbaues.
11. Erhöhung des Zinsfußes der von der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt erhaltenen Darlehen.
12. Bewilligung von Mitteln zur Ausführung des Fensteranstrichs im Grundstück Röhrenstraße 11/13.
13. Instandsetzung des Schusseländers an der Brücke am hinteren Gortbardisteil.
14. Erhöhung der Zahlmieten, Anschluß und Prüfungsgebühren beim Elektrizitätsnetz.
15. Verfahren bei Ueberfahrungen der haushaltplanmäßigen Mittel der wachsenden Anfallen.
16. Aufhebung der Ortsfassung über das Wasserwerk.

## Arbeitsfreistellungen.

Infolge der dauernden Verschlechterung der Arbeitsmarktlage stehen Betriebsinrichtungen größeren Umfangs bevor. Dieser Umstand läßt es angebracht erscheinen, nachstehend kurz die Frage der Arbeitsfreistellungen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen darzulegen.

Entlassungen zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl dürfen nach Paragraph 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 nur vorgenommen werden, wenn entweder a) die Arbeitszeit gekürzt worden ist, oder b) eine Ersetzung der Arbeit dem Arbeitgeber nach den Bestimmungen des Betriebes nicht gemindert werden kann.

a) 1. Bei der Arbeitsfreistellung braucht die Arbeitszeit nicht unter 24 Stunden wöchentlich herabgesetzt zu werden. Der Arbeitgeber kann sofort mit der Antündigung der Ersetzung die Kündigung der Arbeitnehmer ausprechen, für die er auch bei einer Ersetzung auf 24 Stunden keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr hat. Wird die Arbeitszeit nur auf etwa 32 bis 40 Stunden wöchentlich beschränkt, so besteht für den Arbeitgeber solange keine Möglichkeit Arbeit-

nehmer zu entlassen, als er noch in der Lage ist, durch Ersetzung der Arbeit auf 24 Stunden wöchentlich sämtliche Arbeitnehmer zu beschäftigen.

2. Bei der Auswahl der zu entlassenden Arbeitnehmer sind nach Paragraph 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 zu berücksichtigen in erster Linie die Betriebsverhältnisse, vor allem die Gesetzmäßigkeit der einzelnen Arbeitnehmer, in zweiter Linie das Lebens- und Dienstalter sowie die sozialen Verhältnisse.

3. Bei der Anordnung der Arbeitsfreistellung hat die Betriebsvertretung nicht mitzuwirken.

b) Da die Arbeitnehmer binnen drei Wochen nach der Kündigung die Entschädigung des Kündigungsausschusses bezüglich seiner Wiedereinstellung anrufen kann (Paragraph 19 der Verordnung vom 12. Februar 1920), so hat dieser in seiner Entscheidung gleichzeitig zu prüfen, ob eine Ersetzung dem Arbeitgeber nach den Bestimmungen des Betriebes nicht zugunsten werden konnte.

Eine Verpflichtung des Arbeitgebers, dem Arbeitnehmer den durch die Entlassung etwa zugefügten Schaden zu ersetzen, besteht unter zwei Voraussetzungen:

1. der Kündigungsausschluß erkennt auf Grund des Einspruchs des Arbeitnehmers auf Wiedereinstellung, weil die Betriebsverhältnisse eine Arbeitsfreistellung zugelassen hätten.

2. die Arbeitsfreistellung ist von dem Arbeitgeber schuldhafterweise (vorläufig oder faktisch) nicht vorgenommen worden.

c) Bei Entlassung von Schwerbeschädigten ist eine Kündigungsfrist von vier Wochen einzuhalten. Die Kündigungen werden erst wirksam, wenn die Hauptarbeitsstelle ihre Zustimmung gegeben hat. Bei Entlassungen von Lehrlingen findet die Verordnung vom 12. Februar keine Anwendung.

Kohnfahrungen aus Anlaß von Arbeitsfreistellungen dürfen nach Paragraph 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 erst von dem Zeitpunkt an erfolgen, an dem eine Entlassung des betreffenden Arbeitnehmers im Falle des Fehlens der Vorschrift über Arbeitsfreistellung nach den allgemeinen Bestimmungen oder den vertraglichen Bestimmungen zulässig wäre. Kohnfahrungen dürfen daher erst vorgenommen werden, wenn die Arbeitsfreistellung mindestens in einem der Kündigungsfrist entsprechenden Zeitraum vorher angeündigt worden ist. Die Kündigungsfrist ist nur eine Mindestfrist. Die Antündigung kann auch schon vorher erfolgen. Ist eine Kündigungsfrist der gesetzlichen Kündigungsfrist erfolgen. Auch für Schwerbeschädigte kann eine Kohnfahrungen bereits nach Ablauf der vertraglichen bzw. gesetzlichen Kündigungsfrist erfolgen, ohne daß die in den Schwerbeschädigtengesetz vom 6. April 1920 in Paragraph 12 festgesetzte vierwöchentliche Kündigungsfrist eingehalten zu werden braucht.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. November, nachm. 5 Uhr. Das Haus legte die *Erklärungsbekanntmachung* fort, zunächst wird der Antrag der Linksparteien, den die Unterzahlungsanzahl der Abgeordneten für Interpellationen von

30 auf 15 herabzusetzen will, gegen die Stimmen der Linksparteien abgelehnt, der gleiche Antrag für kleine Anfragen dagegen mit großer Mehrheit angenommen. An die weitere, insgesamt 122 Paragraphen umfassende Geschäftsordnung knüpft sich eine sehr eingehende *Ausprache*, in welcher die Ausschüsse, besonders vom Abg. Debour (D.S.) und den Kommunisten (Spart.) kritisiert wird. Um 7 Uhr abends verlag sich das Haus. Morgen mittag 1 Uhr: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

## Preussischer Landtag.

Berlin, 23. November. Auf der Tagesordnung stehen die große Anfrage der Sozialisten wegen Nichtbeschäftigung von 1000 Berliner *Gemeinschaftsleiter* durch das Provinzialschulkollegium und die kommunale Anfrage über die Nichtbeschäftigung der Wahl des kommunalen Stadtrats Dr. Vier zum Direktor einer Berliner *Realschule*. Für die Sozialisten begründet Abg. Leib die Anfrage für die Kommunisten Abg. Schölem. Beide kommen zu dem Schluss, daß es sich bei der Nichtbeschäftigung um eine Verkümmern des kommunalen Selbstverwaltungsrechts handle und daß nicht faulische, sondern politische Gründe für die Nichtbeschäftigung maßgebend gewesen seien. Der erste betont, daß die Angelegenheit, weil es sich durchweg um Angehörige der linksstehenden Parteien handle, eine hochpolitische geworden sei.

Minister Dr. Voelckers erklärte, daß die Bezirksämter, ohne sich an die von der alten Schuldeputation vorgeschlagenen Kandidaten zu halten, lediglich aus politischen Gesichtspunkten und ohne in eine faulische Prüfung eingetreten zu sein, neue Kandidaten gewählt haben, deren Eignung durch das Provinzialschulkollegium nachgeprüft werden mußte, zumal auch die Lehrerammer gegen diese Wahl Protest erhob. Bei der Prüfung ergab sich, daß nur vier Personen sich für das Rektorat geeignet haben. Die übrigen zeigten erhebliche, zum Teil völlige Unzulänglichkeit. Daß dabei auch die Frage der Nichtzugehörigkeit zur evangelischen Landeskirche geprüft wurde, damit habe auch zweifellos das Provinzialschulkollegium nach rein fachlichen und rechtlichen Erwägungen gehandelt, befinden sich doch unter den besätigten Rektoren sieben Sozialdemokraten. Solange das neue Reichsgesetz noch nicht erlassen sei, habe er sich an die bestehende Rechtslage zu halten. Die Prüfung des Stadtrats hier habe ergeben, daß die Verantwortlichkeit des Kandidaten keine Gewähr für eine erhebliche Arbeit als Schuldirektor zu bieten vermochte.

Nachdem in der Besprechung die Abgeordneten Schwarzhaup (D.S., Vsp.) und Luffow (D.S., Nat.) für den Standpunkt des Ministers eingetreten sind, andererseits aber der Abg. Schiller (Soz.) den Minister wegen seiner Haltung gegen diffidentische Lehrer angegriffen hat, die der Minister unter Bruch der Reichsberatung für vogelreich erklärt habe, protestiert Minister Voelckers gegen diese Behauptungen und stellt nochmals fest, daß er als Minister nicht dafür die Verantwortung übernehmen könne, Diffidenten als Rektoren evangelischer Volksschulen zu beschließen. Gegen 6 Uhr abends verlag sich das Haus. Die weitere Besprechung ist morgen mittag 12 Uhr.

## Politische Rundschau

### Gründung einer „Großdeutschen Arbeiterpartei“.

In Berlin ist am Montag eine „Großdeutsche Arbeiterpartei“ gegründet worden. Zum Vorsitzenden wurde Herr Paul Döcker-Borsdorf, gewählt. Wie aus der Sitzung hervorgeht, will die Partei, deren Sitz Berlin ist, eine völkische Partei sein. Mitglied kann jeder „jüdisch einwandfreie Deutschstämmige“ werden. Die Partei fordert den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Großdeutschen, fordert Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und Saint Germain sowie Land und Boden (Kolonen) zur Ernährung unseres Volkes. Inner- und wirtschaftspolitisch fordert die Partei Befestigung der „fortwährenden Nationalökonomie“, Abschaffung des Arbeitslosen-Einkommens, Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, Schaffung eines gesunden Mittelstandes, Todesstrafe gegen Wucherer und Schieber, Bildung eines Volksheeres, Schaffung einer „deutschen“ Presse, Freiheit aller religiösen Bekenntnisse und Befämpfung des jüdisch-materiellistischen Geistes.

### Klöckner über die Wirtschaftslage.

Gesamtrat Klöckner äußerte sich in der Generalversammlung der Maschinenbau-Anstalt Humboldt Akt.-Ges. in Köln-Stadt zur wirtschaftlichen Lage: Unsere Gesellschaft ist zurecht mit Anträgen noch reichlich versehen, sie reichen für alle Wirtschaften bis in den Sommer hinein. Für den kommenden Winter ist also Arbeitslosigkeit nicht zu befürchten. Es läßt sich jedoch nicht verkennen, daß die Inlandsaufträge noch nachlassen, weil die Weltkriege die durch die Geldentwertung scharf gestiegenen Preise nicht mehr bezahlen können. Die Geldentwertung verurteilt auch die größten Schwierigkeiten infolge, als jeder Monat durch die fortwährenden scharfen Steigerungen der Öhne, Gehälter und der Rohmaterialpreise weit größere Ausgaben als Einnahmen bringt. Infolgedessen sind wir in große Schwierigkeiten geraten, welche den Höhepunkt noch nicht erreicht haben. Die Verwaltung bemüht sich, einen Ausgleich durch starken Export herbeizuführen. Es ist selbstverständlich, daß es unter den obwaltenden Umständen ganz unmöglich ist, für das laufende Geschäftsjahr irgendeine Vorauslage zu machen. Wenn wir dies tun würden, dann könnte diese nur nach der schlechtesten Seite lauten, weil die Wertentwertung gerade für die Betriebe, bei welchen die Ware jetzt bis neun Monate in der Fabrikation ist, die größten Gefahren in sich birgt. Die Verluste, welche bei einer plötzlichen starken Verringerung der Nachfrage entziehen können, lassen sich heute gar nicht übersehen. Wir bilden deshalb mit großer Sorge in die Zukunft.

### Was die Sozialisten an Parteigliedern zahlen.

Der Bezirksverband Dresden der SPD, tritt in einem Klagefall an seine Partei mit der Mitteilung heran, daß die für Wahlzwecke erhobenen Sonder Steuern des Militärs entragende Wahlmanns nicht gedeckt haben. Es sei deshalb beschlossen worden, den Wochenbeitrag für männliche Mitglieder auf 12, für weibliche auf 4 Mark zu erhöhen. Die Kommunisten sollen bereits einen Monatsbeitrag von 100 Mark für die Partei. Die Zahlen sollten doch mandem im Witzertum zu denken geben.

### Das deutsche Eigentum in Italien.

Die Agentur „Roma“ teilt mit, die Reparationskommission habe die Genehmigung der Ausfuhrung des deutsch-

italienischen Abkommens bezüglich des Rücklaufes des feuerkräftigen Eigentums abgelehnt. Da der Termin zur Aufklärung am 1. Dezember abläuft, wurden bereits unter Nachbetrachtungen über eine Verlängerung dieses Termins eingeleitet. Auch Mussolini ist diesem Aufschub geneigt, doch macht die italienische Regierung heute ihre Zustimmung von einer ganzen Reihe neuer Forderungen abhängig, über die gegenwärtig ein Schriftwechsel mit Berlin im Gange ist. Diese Forderungen dürften sich inhaltlich vollkommen bestätigen, und man kann hinzufügen, daß die neuen Bedingungen nicht eben leicht sind.

### Russische Fische für Deutschland.

Moskau, 23. November. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Iswestija“ wies der ukrainische bevollmächtigte Vertreter in Berlin auf die große Bedeutung hin, die die Ausdehnung des Kapalko-Vertrages auf alle Sowjetrepubliken für die Ukraine habe. Der Abschluß des neuen Abkommens habe bereits Früchte gezeitigt, indem die Handelsbeziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland lebhafter geworden seien. So sei ein großes Geschäft über drei Millionen Rubel Fische für Deutschland abgeschlossen worden, die in Wololajew frei am Bord des nach Deutschland gehenden Dampfers geladert wurden. Weiter hätten die deutschen Industriellen Geschäfte nur bei Lieferung frei deutschen Fischen abgeschlossen.

### Clynes Führer der Opposition.

London, 21. November. Nach der Wiederwahl des Sprechers des Unterhauses Wollien begann in der gestrigen Geschäftsitzung die Verberigung der Mitglieder. Wie in unterrichteten politischen Kreisen erwartet wurde, hat der zum Reichstagsvorsitzenden der Arbeitspartei gewählte ehemalige Ernährungsminister des Kriegesabinetts Clynes an die Spitze der Opposition zum Sitzungssaal des Unterhauses zugeht, forderte „Aktivität“ Clynes an, neben dem Reichstagsvorsitzenden der Opposition zuzugehen. Der Reichstagsführer der „Times“ meidet, daß Clynes und Japard, die sich Donnerstag nach Paris begeben wollen, um mit Boiccare das Reparationsproblem und die bevorstehende Brüsseler Konferenz zu erörtern, eigentlich am Abend oder Sonntag mit Bonar Law zusammenzutreffen dürften.

### Clemenceaus erste Amerikarede.

New York, 23. Novbr. In seiner gestern Abend gehaltenen Rede erklärte Clemenceau, er sei bisher gekommen, um hier die Freundschaft Amerikas für Frankreich zu erhalten. Clemenceau fuhr fort: Ich glaube, daß wir ein Recht auf Garantien haben, die eine weitere Invasion verhindern. Wollen Sie, daß die Deutschen Kanonen zu Hunderten bauen? Haben Sie vergessen, was die Freuchen nach Genoa getan haben? Es ist uns eine gute Grenze garantiert worden: man hat sich dazu verpflichtet, man hat sie uns versprochen, wir haben sie nicht bekommen. Lloyd George sagte, Amerika habe dasselbe Versprechen gegeben und es eben nicht gehalten.

Ich habe Lloyd George eines Tages direkt gesagt: Ich möchte den Rhein haben, und ich sah ihm eine sehr leicht Darlegung meiner Gründe. Zwei Tage später sagte er mir: Wenn Sie auf den Rhein verzichten wollen, so werde ich Ihnen andere Garantien schaffen. Ich verspreche Ihnen, daß ich bei Wilson mein Bestes tun will, um dies auch von ihm zu erreichen. Wilson sagte sehr verständlich, er wolle dem seine Zustimmung geben, aber die Angelegenheit unter-

liege natürlich der Entscheidung des Kongress. In dessen Abende die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten der Ansicht Wilsons sich nicht angeschlossen haben, nicht, daß das Versprechen nicht hätte gehalten zu werden brauchen, und glauben Sie, daß wir, weil unsere Militären ihr Versprechen nicht gehalten haben, wirklich weggehen und unsere Grenzen offen lassen? Nein! nein!

Die Hauptfrage ist für jetzt, ob Amerika es in irgend-einer Weise übernehmen könnte, eine Aussprache mit England und Frankreich zu erneuern, und zwar nicht etwa um irgend etwas zu versprechen was Amerika in Zukunft zu etwas verpflichten würde, das es während des Krieges nicht getan hätte. Wenn Sie Vertrauen haben und einfach sagen könnten: Nehmt uns einen Plan dessen aufstellen, was zu tun ist, und wenn wir dann einen solchen Plan aufgestellt haben, so sollte dieser Plan als eine Garantie betrachtet werden.

## Aus Provinz und Reich

### Revolverkampf mit einem Einbrecher.

Berlin, 22. November. Im Kampf mit einem Metall-dieb wurde in der vergangenen Nacht der Wächter Josef Schler schwer angeschossen, der bei den Vorhängefenster in Berlin-Regel angeheilt ist. Er lag zwischen Mitternacht auf einem Hundsbang, wie ein Sack mit Metall über einen Baum herabgeraten wurde. Gleich darauf kam ein Mann über den Baum herabgeglitten und wollte den Sack aufheben.

Als der Wächter ihn anrief und festnehmen wollte, bot er ihm 10 000 Mark, damit er ihn laufen lasse. Es wies das Annehmen entschieden zurück und schritt zur Festnahme. Jetzt zog der Einbrecher seine Pistole, feuerte und traf den Wächter schwer in den Unterleib. Der Getroffene konnte noch einen Schuß abgeben und glaubt den Verbrecher ebenfalls verletzt zu haben. Die Schüsse alarmierten die anderen Wächter des Vorhängefenster Geländes, und diese fanden den Kameraden. Sie brachten ihn nach dem Krankenhaus, wo er schwer daniederliegt. Der Einbrecher ist entkommen. Wahrscheinlich wird er sich irgendwo in einer Anstalt, bei einem Arzt oder einem Seeligen eine Schutzverletzung verbinden lassen.

### Großfeuer in den Märkischen Industriewerken.

Potsdam, 23. November. Die Märkischen Industriewerke Golm bei Potsdam sind gestern Abend gegen 6 Uhr durch ein Großfeuer heimgesucht worden. Aus bisher noch unauflösender Ursache brannte der größte Teil des umfangreichen Unternehmens, die hauptsächlich Holzverarbeitung bis auf die Grundmauern nieder. Sämtliche wertvollen Holzverarbeitungsmaschinen und enorme Vorräte von Eisen und Blechen wurden ein Raub der Flammen. Da dieser Teil des Betriebes das Herz des Gesamtunternehmens darstellt, ist die Situation für die Leitung des Werkes äußerst schwierig. Dem Vernehmen nach soll jedoch alles aufgebahrt werden, eine Stilllegung des Betriebes zu vermeiden, um in dieser schweren Zeit eine große Arbeitslosigkeit nicht arbeitslos zu machen. Der Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein.

Verhaftung eines ehemaligen Oberpostmarschalls. Sonderhausen, 23. November. In der aufsehenerregenden Angelegenheit des Silberdiebstahls im hiesigen Schloß, sind, dem „Volk“ zufolge, der ehemalige Oberpostmarschall von Helem, der Postsekretär Topf und ein Angestellter verhaftet worden. Wie verlautet, haben der Angestellte und der Postsekretär bereits ein Geständnis abgelegt.